

«Grün» ist nicht gleich ökologisch

Wer wirklich die Umwelt schützen will, sollte seine politischen Massnahmen darauf konzentrieren und nicht zugleich andere Ziele verfolgen. Und ohne Ökonomie funktioniert Ökologie nicht. **MARKUS SAURER**

Die Grünen und die Grünliberalen haben in den eidgenössischen Wahlen vom vergangenen November massive Verluste erlitten. Dies sei darauf zurückzuführen, dass Umweltthemen gegenüber Wirtschafts- und Asylfragen an Bedeutung eingebüsst hätten, kommentiert Claude Longchamp, weitere Politologen und Medien unisono. Diese Erklärung scheint für die Verlierer irgendwie tröstlich zu sein: «Wir sind gut, aber die Umstände sind schlecht für uns.»

In einer schonungslosen Diagnose des Debakels sind aber kaum tröstliche Aspekte für die grünen Parteien zu erkennen: Sollten Umweltthemen im Volk effektiv stark an Bedeutung verloren haben, dann hätten ja die meisten Wählenden die grünen Parteien in anderen Themen als überflüssig oder inkompetent beurteilt. Und sollte ein nicht gar so starker Bedeutungsverlust der Umweltthemen eingetreten sein, dann sähen sich die grünen Parteien von den Wählenden sogar in ihrer selbsterklärten Kernkompetenz in Zweifel gezogen.

Während die Grünliberalen inzwischen etwas kleinerlauter auftreten und hoffentlich ihr Wahlergebnis besser analysieren, wollen die Grünen mit Volksinitiativen unverzüglich auf die Pauke hauen. Damit riskieren sie ähnlich desaströse Niederlagen, wie sie die Grünliberalen im März vergangenen Jahres mit der Initiative «Energie statt Mehrwertsteuer» erlitten haben. Von den immerhin rund 42% der Stimmbürgerinnen und -bürger, die diese Initiative noch für bedeutungsvoll genug befanden, um überhaupt abzustimmen, legten rekordhohe 92% ein Nein ein. Der Ja-Anteil lag damit sogar unter der Summe der Stimmenanteile der grünen Parteien in den Wahlen (7,1% Grüne bzw. 4,6% Grünliberale).

Ein Vorstoss der Grünliberalen im Bereich ihrer angeblichen Kernkompetenz wurde so mit niederschmetterndem Mehr als unnötig, untauglich, kontraproduktiv, schädlich oder sonst irgendwie negativ abgeurteilt. Klar, Mehrheiten liegen nicht automatisch richtig, doch wird hier kaum jemand behaupten wollen, dass sich 92% Stimmende verschiedenster politischer Herkunft schlicht geirrt hätten.

Umweltpolitik ohne grüne Parteien

Seit dem Tsunami und der Havarie von Fukushima vom 11. März 2011 und der vergangenen Legislaturperiode stehen geradezu monströse Vorhaben der Energie- und Klimapolitik zuoberst auf der politischen Agenda. Sie wurden aber nicht in erster Linie von den grünen Parteien, sondern vom Bundesrat und von der Bundesverwaltung initiiert. Das machen diese jedoch auch nicht besser, wie auch in «Finanz und Wirtschaft» schon mehrfach kritisiert wurde. Die aktuelle Energie- und Klimapolitik ist in der Tat höchst fragwürdig und wurde bisher – besonders brisant – noch in keiner Volksabstimmung richtig demokratisch legitimiert. Trotzdem will der Bundesrat schon mit weiteren Visionen für eine nachhal-

tige Entwicklung sorgen. Dies könnte die schon existenzbedrohlich angeschwollene umweltpolitische Regulierungswelle überschwappen lassen.

Wie auch immer – Umweltthemen haben wohl weniger an Bedeutung verloren als der Einfluss der grünen Parteien in diesen Debatten. Die Themenführerschaft wurde offensichtlich von der stark grün orientierten Bundesverwaltung sowie von Umweltpolitikern anderer Parteien übernommen. Die Grünen und die Grünliberalen versuchten, dies mit noch extremeren Positionen zu verhindern, scheinen damit aber erst recht Wählergunst



«Die Umweltökonomie hält Instrumente bereit, um die Umweltprobleme zu lösen.»

verspielt und zu ihrer eigenen Marginalisierung beigetragen zu haben. Der Wahltag war aber jedenfalls kein «schwarzer Tag» für die grüne Politik, sondern nur ein solcher für die grünen Parteien.

Politische Ziele können mit mehr oder mit weniger Massnahmen verfolgt werden. Grundsätzlich ineffizient ist es aber, eine gewisse Zahl von Zielen mit einer kleineren Zahl von Massnahmen zu verfolgen. Für diese regulierungsökonomische Erkenntnis, die Tinbergen-Regel, wurde der niederländische Mathematiker und Ökonom Jan Tinbergen 1969 mit dem Wirtschaftsnobelpreis ausgezeichnet. Von dieser Regel scheinen die grünen Parteien nichts zu wissen.

Die Grünen sind grün und links orientiert. Sie verfolgen mit ihren Vorschlägen zum Schutz der Umwelt notorisch auch linke Anliegen. So setzen sie sich mit Linken und Regionalpolitikern seit langem für eine möglichst dichte Bahn- und Buserschliessung zu möglichst hoch subventionierten Tarifen ein. Die Folge davon ist unser übertrieben gutes, für die Kunden viel zu billiges, aber für den Steuerzahler viel zu teures öffentliches Verkehrssystem. Darauf beruht aber auch die ökologisch und ökonomisch ineffiziente Zersiedelung, die trotz einer gewissen Verkehrsverlagerung auf Bahn und Bus auch den Individualverkehr auf der Strasse hat anschwellen lassen. Die Grünen lassen sich für eine Verkehrspolitik einspannen, die die Umweltbelastung erhöht.

Grüne und Grünliberale kämpfen auch ständig für strengere Umweltnormen. Wir sollen eine Vorreiterrolle spielen – andere Länder würden nachziehen, woraus sich dann für die Schweiz Wettbewerbsvorteile ergäben, heisst es jeweils. Mit Umweltschutzmassnahmen sollen

also auch industriepolitische Ziele verfolgt werden. Ökonomische Theorie und Praxis zeigen, dass dieser Traum der sogenannten doppelten Dividende (Gewinn für Umwelt und Wirtschaft) in kleinen, offenen Volkswirtschaften fast nie in Erfüllung geht. Von den strengeren Normen besonders betroffene Produktionsprozesse werden ins Ausland verlagert (Leakage-Effekt) oder erreichen mit Abwanderungsdrohungen Ausnahme-regelungen. Soweit andere Länder nachziehen, wandert rasch auch das Know-how dorthin, wo es am besten umgesetzt werden kann. Die Profite der Cleantech-Industrie, für die sich die Grünliberalen immer besonders einsetzen, sind nicht dauerhaft. Der Umweltnutzen droht sich durch den Leakage-Effekt zum Schaden zu wandeln. Die gesamtwirtschaftliche Bilanz ist über kurz oder lang höchstwahrscheinlich negativ. Andernfalls würden viel mehr Länder eine Vorreiterrolle spielen.

In der Klimapolitik sind Grüne und Grünliberale vehementeste Verfechter nationaler Alleingänge mit einschneidenden Lenkungsmaßnahmen. Da aber die schweizerische CO₂-Abgabe heute schon rekordverdächtig ist, sind die «schädlichsten» Prozesse bereits in günstigere Länder abgezogen, was dem globalen Klima bestenfalls nichts genützt, der Schweiz aber sicher geschadet hat. Mit weiter steigenden Abgaben würde der Leakage-Effekt immer mehr Bereiche erfassen und einer Deindustrialisierung der Schweiz Vorschub leisten. CO₂-Prozesse, die nicht abwandern können, sind schon optimiert. Weitere Emissionsreduktionen sind nur noch zu hohen und steigenden Zusatzkosten möglich. Diese Mittel würden in weniger fortschrittlichen Ländern ein Mehrfaches an Reduktion generieren.

Unfähig oder unwillig?

Völlig unbestrittene, effiziente Lösungen wie der internationale Handel von Emissionsrechten (Cap and Trade) oder die Finanzierung von Reduktionsprojekten im Ausland (Joint Implementation) werden von den Grünen bekämpft. Die Grünliberalen wiederum scheinen hier zwar etwas differenzierter zu denken, wollen aber auch die Cleantech-Industrie im Inland nicht ganz leer ausgehen lassen.

Die Umweltökonomie hält seit langem sehr effiziente Instrumente bereit, mit denen die gegenwärtigen Umweltprobleme gelöst werden könnten. Die Grünen und die Grünliberalen scheinen diese Instrumente nicht zu kennen. Oder sie wollen sie nicht einsetzen, weil sie noch andere Ziele als den Umweltschutz ins Visier nehmen. Vielleicht wurden sie von den Bürgerinnen und Bürgern bei den Wahlen für Nichtkönnen oder Nichtwollen bestraft.

Markus Saurer ist selbst Berater für Regulierungs-Wettbewerbsökonomie und arbeitet mit im Carnot-Cournot-Netzwerk für Politikberatung in Technik und Wirtschaft.



MARK DITTLI
Chefredaktor
zum Thema
Bankenstress

Hybride Sorgen

Das Finanzsystem steht unter Stress. Die Aktienkurse europäischer Grossbanken erleiden heftige Verluste, die Kosten für Kreditausfallversicherungen schiessen in die Höhe. Nie seit dem Höhepunkt der Finanzkrise im Herbst 2008 und der heissesten Phase der Eurokrise Ende 2011 war die Nervosität grösser als heute.

Besonders unter Druck steht gegenwärtig die Deutsche Bank, die sich am Montag und Dienstag gezwungen sah, die Solidität ihrer Bilanz öffentlich zu unterstreichen. Sogar Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble musste bekräftigen, er mache sich keine Sorgen um die grösste Bank des Landes – was die Märkte alles andere als beruhigte.

Im Fokus der Investoren steht die Kapitalstärke der Banken. Genauer: Sie sorgen sich um das sogenannte Hybridkapital, beispielsweise Pflichtwandelanleihen, die die Finanzinstitute in den Jahren nach dem Sturm von 2008 ausgegeben haben.

In der Theorie klingt die Funktionsweise dieses verlustabsorbierenden Fremdkapitals bestehend: Gelingt die Bank an eine definierte Solvenzgrenze, werden die Anleihen automatisch gewandelt oder werden zur Abfederung von Verlusten ausgelöst. Für die Bank ist die Emission von Hybridkapital günstiger, doch für die Schock-Absorption und damit für die Sicherstellung der Systemstabilität ist es genauso tauglich wie hartes Eigenkapital. Soweit die Theorie.

Funktioniert das Prinzip auch in der Praxis? Werden sich Hybridanleihen bewähren, sollte eine grosse Bank tatsächlich in schwere Solvenznot geraten? Oder könnten sie sogar als Brandbeschleuniger wirken, als sich selbst erfüllende Prophezeiung, wenn eine Bank in den Abgrund rast?

Die ehrliche Antwort, die alle Bankmanager und Regulatorien geben müssten: Wir wissen es nicht. Die Bewährungsprobe steht erst bevor.

Stilloser Abgang bei Holcim

Wolfgang Reitzle hinterlässt ein Fiasko. **MARK DITTLI**

«Der Verwaltungsrat ist überzeugt, dass wir das Beste der beiden Unternehmen zusammenführen und dadurch eine einzigartige Wachstumsbasis schaffen werden.» Mit diesen Worten wandte sich Wolfgang Reitzle, damals Verwaltungsratspräsident von Holcim, im Frühjahr 2015 in einem Schreiben an die Aktionäre des Zementriesen. Es gelang ihm damit, die Eigentümer von den Vorteilen der Fusion mit dem französischen Konkurrenten Lafarge zu überzeugen: Mit sehr deutlicher Mehrheit stimmten die Aktionäre an der ausserordentlichen Generalversammlung vom 8. Mai 2015 der zuvor monatelang umstrittenen Transaktion zu. Am 10. Juli wurde die Fusion formell vollzogen.

Seither ist der Aktienkurs von LafargeHolcim 53% eingebrochen. Und nun geht Reitzle von Bord: Nach nur gerade einem Jahr im Amt tritt er an der nächsten Generalversammlung nicht zur Wiederwahl an. Er kehrt nach Deutschland zurück und übernimmt das Aufsichtsratspräsidium von Linde.

Von einem schalen Nachgeschmack zu sprechen, wäre stark untertrieben. Reitzle, der das VR-Präsidium von Holcim im Frühjahr 2014 von Rolf Soiron übernommen hatte, war eine Gallionsfigur für die Fusion mit Lafarge. Vor und hinter den Kulissen haben er und andere Holcim-Exponenten im Frühjahr 2015 lobbyiert, um kritische Aktionäre und Medien – dazu gehörte auch «Finanz und Wirtschaft» – umzustimmen.

Eines der damals wichtigsten Argumente: Die Schweizer Holcim-Leute

besetzen die Schlüsselpositionen im fusionierten Konzern und stellen so sicher, dass LafargeHolcim nicht unter eine französische Managementkultur fällt, sondern schweizerisch-solid bleibt. Hinter vorgehaltener Hand sagten sie stolz, die Transaktion sei zwar als Fusion unter Gleichen strukturiert, in Wahrheit aber übernehme die Schweizer Holcim die französische Lafarge.

Als Vorzeigebjekte für dieses Versprechen dienten vor allem Reitzle, der als statutarischer Präsident dem Verwaltungsrat des fusionierten Konzerns vorstand, und der langjährige Holcim-Finanzchef Thomas Aebischer.

Es kam anders. Aebischer wurde wenige Monate nach der Fusion aus dem Amt gefegt und durch den Niederländer Ron Wirahadiraksa ersetzt. Und wenn Reitzle im Frühjahr abtritt, wird er weniger als zehn Monate die Geschicke des Konzerns geleitet haben. Dass der vorgeschlagene Nachfolger Beat Hess ein Schweizer ist, vermag nicht zu beruhigen: Der 66-Jährige wird nicht mehr als eine Übergangslösung sein.

Gewiss, die widrigen Umstände in Schwellenländern, in denen der Zementriese tätig ist, lassen sich vom Verwaltungsrat ebenso wenig kontrollieren wie das aktuelle, von Panik dominierte Börsenumfeld. Doch sicher ist: LafargeHolcim wird noch über Jahre eine von grossen Ungewissheiten geprägte Baustelle sein – und Wolfgang Reitzle war ein Architekt von zentraler Bedeutung. Sein überstürzter Abgang ist eine ungeheure Stillosigkeit.

Bankkundengeheimnis sichern

Möglicher Rückzug der «Matter-Initiative». **PETER MORF**

Mit Gegenentwürfen zu Volksinitiativen ist es so eine Sache. Meist sind sie weder Fisch noch Vogel und kommen der Initiative sehr nahe. Kaum jemand macht sich in der Folge für sie stark, womit die Chancen, dass die ungeliebte Initiative angenommen wird, gar noch erhöht werden können. Die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre», die von Kreisen um den SVP-Nationalrat und Banker Thomas Matter lanciert worden ist, kann als Spezialfall gesehen werden. Ihr Ziel, das Bankkundengeheimnis in einem in Bewegung geratenen internationalen steuerlichen Umfeld im Inland besser zu sichern, ist ehrenwert.

Dennoch: Die Initiative ist zwar gut gemeint, sie dehnt aber die heutige Regelung noch aus und schießt über das Ziel hinaus. Die Kantone bemängeln, dass die Steuerveranlagung erheblich erschwert würde, die Banken sehen sich in die rechtsstaatlich in der Tat problematische Rolle von Steuerpolizisten gedrängt und der Bundesrat fürchtet, dass das Abwehrdispositiv gegen die Geldwäsche durchlöchert würde. Das könnte die Schweiz wieder vermehrt internationalem Druck aussetzen.

Angesichts dieser Ausgangslage hat die vorberatende Wirtschaftskommission des Nationalrats am 19. Januar nun doch beschlossen, einen direkten Gegenentwurf zur Initiative zu beraten. Ein erster, allerdings noch informeller Text liegt inzwischen vor. Er geht weniger weit als die Initiative und schreibt im Wesentlichen den gesetzlichen Status quo in der Verfassung fest.

Der Gegenentwurf ist bezüglich der Einschränkungen der Auskunftserteilung an die Behörden weniger restriktiv als die Initiative. Zudem bezieht er sich nur auf die direkten Steuern und er enthält einen Vorbehalt für Meldepflichten im Zusammenhang mit der Geldwäschebekämpfung. Auch wenn juristische Gutachten noch fehlen, dürfte der vorliegende Entwurf wesentlich problemloser sein als die Initiative.

Sollte der Gegenentwurf in dieser oder einer ähnlichen Form genehmigt werden, tun die Initianten gut daran, sich einen Rückzug ihrer Initiative zu überlegen – entsprechende Signale sind denn auch schon ausgesendet worden. Die Initiative dürfte angesichts der Ablehnung durch den Bundesrat, die Kantone, wichtige Interessenverbände und auch Parteien vor dem Volk kaum eine Chance haben. Ein Nein würde von der politischen Linken jedoch flugs zu einem Nein zum Bankkundengeheimnis umfunktioniert, einem ihrer zentralen Feindbilder. Das Ziel, das Geheimnis zu stärken, würde damit verpasst, es würde gar eher noch geschwächt.

Der moderatere Gegenentwurf hätte in der Volksabstimmung zweifellos bessere Chancen. Das Bankkundengeheimnis, das im internationalen Verkehr gefallen ist, dürfte damit im Inland zumindest auf dem Papier besser gesichert sein, auch wenn der Effekt in erster Linie psychologischer Natur ist. Die Frage allerdings, ob es wirklich sinnvoll ist, dieses in der Bundesverfassung zu verankern, ist damit nicht beantwortet.

Aktuell auf www.fuw.ch

FuW Swatch Group mit neuer Smartwatch

Bislang ist der Schweizer Uhrenhersteller beim Thema Smartwatch abseits gestanden. Doch nun plant Swatch Group den Einstieg in dieses Segment und will mit der Marke Tissot an der Uhrenmesse Baselworld im März eine solche Uhr präsentieren. Bis Ende Jahr sollen drei Modelle zur Marktreife gebracht werden.

www.fuw.ch/100216-2

FuW Eine Welt ohne Zinswenden

Die Zinswende rückt in immer weitere Ferne. Das Fed hat mit der Erhöhung der Leitzinsen im Dezember zwar den ersten Schritt in Richtung einer Normalisierung des Zinsniveaus gemacht, doch von den anderen Zentralbanken ist noch lange keine Straffung der geldpolitischen Züge zu erwarten – im Gegenteil.

www.fuw.ch/100216-3

FuW Raiffeisen weiter mit Vontobel

Raiffeisen und Vontobel werden auch nach Auslaufen ihres bestehenden Kooperationsvertrags im Juni 2017 weiter zusammenarbeiten. In den Teilbereichen Anlageprodukte und Wertschriftenabwicklung wurde die Vertragslaufzeit bis Ende 2020 verlängert.

www.fuw.ch/100216-4